

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/29

10. Februar 1972

Verkrampfte Unionsparteien

Zur Bundesrats-Debatte über die Ostverträge

Seite 1 / 43 Zeilen

Erschütternde Zahlen

Immer mehr Kinder verunglücken tödlich

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Verkehrsausschusses des Bundestages

Seite 2 und 3 / 52 Zeilen

Aus Brüssel: Frohe Kunde für Autofahrer

Fortfall der Kontrolle der Grünen Versicherungskarte in Sicht

Von Dr. Fritz Rinderspacher MdB

Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates

Seite 4 / 48 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Ein schwarzes Kreuz auf roter Fahne (I)

25 Jahre "Ahlener Programm" der CDU: Ein Ziel - und was daraus geworden ist

Seite 5 bis 7 / 148 Zeilen

Chefredaktion: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heuserallee 2-10
Postfach: 120 408
Presserhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 97 - 38
Telex: 808 848 / 888 847
808 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Verkrampfte Unionsparteien

Zur Bundesrats-Debatte über die Ostverträge

Die siebenstündige, mit großem Ernst geführte Debatte im Bundesrat über die Verträge mit Moskau und Warschau hat wieder einmal die Unvereinbarkeit der Standpunkte zwischen Regierung und Opposition in einer Lebensfrage aufgezeigt. Die Regierungschefs der CDU-geführten Länder hielten sich strikt an die Beschlüsse der Führungsgremien der CDU/CSU, die auf einer Ablehnung der Ostverträge beharren. Die Bundesregierung mag noch so viele von der CDU/CSU gestellte Fragen klar, eindeutig und überzeugend beantworten, die Opposition nimmt sie nicht zur Kenntnis, sie sucht immer wieder nach neuen Ausflüchten, um ihr Nein zu rechtfertigen. Ob dieses Nein nun ein modifiziertes, oder ein hartes Nein ist, ist in der Sache ohne Belang. Entscheidend bleibt der Tatbestand, daß sich die Unionsparteien schon zu Beginn des Ratifikationsverfahrens festgelegt und damit sich selbst den Rückzug verbaut haben. Dafür mögen wohl innerparteiliche Gründe den Ausschlag geben. So mancher CDU-Politiker verfolgt dies nicht ohne tiefe Sorge, aber er kommt nicht zu Worte und darf nicht zu Worte kommen, weil ein Franz Josef Strauß den Kurs maßgeblich bestimmt.

In einer Lebensfrage unseres Volkes versagen sich die Unionsparteien geschichtlichen Notwendigkeiten. Gewiß, auch sie wollen den Ausgleich und die Versöhnung mit unseren östlichen Nachbarn, doch es bleibt dabei nur bei verbalen Bekundungen. Sie finden nicht die Kraft, die Wirklichkeit, wie sie sich heute 27 Jahre nach Kriegsende darstellt, in ihr Weltbild aufzunehmen. Dass sie sich selbst dabei außenpolitisch in eine totale Isolierung hineinmanövrieren, scheint sie nicht zu genieren. Die Unionsparteien werden in dem Zustand, in dem sie sich derzeit befinden, der Verantwortung, die auch sie haben für das deutsche Volk, für Europa, und dem Gebot, dem Frieden in diesem Teil der Welt sicherer zu machen, nicht gerecht. Ihre innere Verkrampfung hindert sie daran, konstruktive und schöpferische Beiträge in einem Bereich von existenzieller Bedeutung zu leisten. Ihre Ostpolitik verläuft sich im Nebel.

Die von Brandt/Scheel geführte Bundesregierung und die sie tragenden Parteien der sozialliberalen Koalition werden allein den Weg weiter verfolgen, der nach menschlichen Ermessen zu einem befriedeten Europa führt und den Völkern, die in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts durch die Hölle zweier Weltkriege gingen, die Furcht voneinander nimmt.

(ex/ex/9.2.1972/bgy)

Erschütternde Zahlen

Immer mehr Kinder verunglücken tödlich

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Verkehrsausschusses des Bundestages

Im Jahre 1969 mußten 1919 Kinder im Alter unter 15 Jahren bei Straßenverkehrsunfällen in der Bundesrepublik ihr Leben lassen. Für das Jahr 1970 war leider eine weitere Steigerung auf 2.167 tödliche Unfälle zu verzeichnen.

Diese erschütternden Zahlen nannte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr auf eine entsprechende Anfrage im Deutschen Bundestag. Er wies zugleich darauf hin, daß die Bundesregierung die Entwicklung der Straßenverkehrsunfälle, an denen Kinder beteiligt sind, laufend verfolgt und daß aus den nüchternen Statistiken die notwendigen Folgerungen gezogen werden.

Finanziell und ideell beteiligt sich die Bundesregierung zusammen mit den Bundesländern und den verschiedenen Organisationen an zahlreichen Maßnahmen, die den besseren Schutz von Kindern im Straßenverkehr gewährleisten können.

Insbesondere sind dabei zu nennen:

- Maßnahmen beim Straßenbau,
- verstärkte Verkehrserziehung in Kindergärten und Schulen,
- Ausbildung von Kindergärtnerinnen, Lehrern und Lehramtsanwärtern für den Verkehrsunterricht,
- Ausbau des Schülerlotsendienstes,
- einheitliche Kennzeichnung der Schulbusse,
- Sicherung des Schulweges.

Unsere Kinder sind jedoch nicht nur im Straßenverkehr gefährdet. Aus einer Übersicht des Statistischen Bundesamtes ist zu entnehmen, daß pro Jahr mehr als 3.000 junge Menschen durch Unfälle aus dem Leben gerissen werden. Neben der Todesursache Straßenverkehr, rangiert der Tod durch Ertrinken an zweiter Stelle in der Statistik. Stürze, Erstickten, Vergiftungen sind andere Unglücksursachen.

Diese Zahlen werden in unserer schnelllebigen, oft unpersönli-

chen Gesellschaft registriert. Sie drücken nicht die Sorgen und die tiefe Bedrückung aus, die der Tod jedes einzelnen Kindes hinterläßt. Deshalb muß die Bundesregierung dem Unfalltod der Kinder einen verstärkten Kampf ansagen. Die vorerwähnten Maßnahmen hören sich gut an und die Planer im Bonner Verkehrsministerium handelten - davon bin ich überzeugt - guten Glaubens, als sie ihrem Staatssekretär entsprechende Antwortvorschläge unterbreiteten.

Als Vater schulpflichtiger Kinder ziehe ich meine Erkenntnisse aus der Praxis: In vier Jahren Gymnasialbesuch hatte mein Sohn zweimalige Verkehrsinformationen, meine Tochter wurde zwar im ersten Volksschuljahr verschiedentlich mit dem Verhalten im Straßenverkehr vertraut gemacht, seitdem ist Schweigen.

Natürlich gibt es Initiativen, die lobenswert, aber leider nicht zu verallgemeinern sind. Egal, ob eine Mineralölgesellschaft, Lehrer, Polizisten oder verschiedene Organisationen sich bemühen, ihr Wirken schlägt nicht durch. Es bleibt der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein.

Ich fordere die Massenmedien auf, sich verstärkt einzuschalten: Sand- und Mainzelmännchen könnten sich derartiger Themen annehmen. Lehrreiche Filme zum gerechten Verhalten im Straßenverkehr und Hinweise auf die vielfältigen Gefahren hätten im Jugendprogramm einen sinnvolleren Platz als Cowboys, Gauner, Mord und Totschlag. Sicherlich ließen sich auch Comics in Illustrierten und Tageszeitungen unterbringen. Auch die Bundesregierung könnte bestimmte Aufträge erteilen und Filme und Matern zur Verwendung anbieten.

Es wäre wünschenswert, wenn die erschütternde Statistik über tödliche Kinderunfälle Anlaß für alle Verantwortlichen wäre, die bisherigen Maßnahmen zu überprüfen, nachzudenken und neue Schritte zu unternehmen. Das Leben unserer Kinder muß uns wert sein, mehr als bisher für ihren Schutz zu tun.

(-/ex/10.2.1972/bgy)

+ + +

Aus Brüssel: Frohe Kunde für Autofahrer

Fortfall der Kontrolle der Grünen Versicherungskarte in Sicht

Von Dr. Fritz Rinderspacher MdB

Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarats

Fällt jetzt endlich innerhalb der EWG die Kontrolle der Grünen Versicherungskarte? Seit Jahren wurde dies von deutscher Seite immer wieder gefordert, und im Sommer 1970 faßte auf meine Initiative hin auch der Europarat eine einstimmige Entschloßung, die den Ministerrat aufforderte, die Voraussetzungen für den Fortfall der Kontrolle der Grünen Versicherungskarte zu schaffen.

Dieser Aufforderung sind die Außenminister der EWG am 30. Januar endlich gefolgt und haben den Mitgliedsländern aufgegeben, vom August dieses Jahres ab die Kontrollen der "Grünen Karte" abzuschaffen. Andere Meldungen sprechen allerdings von einer Frist von 28 Monaten und knüpfen daran lediglich die Hoffnung auf Verkürzung dieser Frist in der Praxis.

Die Sachaussage des Ministerrats der EWG ist eindeutig erfreulich. Trotzdem ist der Kenner der Materie aus langer, bitterer Erfahrung heraus skeptisch in Bezug auf den Zeitpunkt der tatsächlichen Verwirklichung. Der Fortfall der Kontrolle - bisher schon mit mehreren Ländern praktiziert - setzt voraus, daß der deutsche HUK-Verband mit entsprechenden Versicherungsorganisationen der Partnerländer Gegenseitigkeitsabkommen abschließen kann, die den Versicherungsschutz in den vertragschließenden Ländern wechselseitig garantieren. An dieser Voraussetzung fehlt es bis heute vor allem in Frankreich, dessen Versicherungsgesellschaften aus Wettbewerbsgründen sehr unterschiedliche Abmachungen mit ihren Kunden treffen, so daß HUK dort bislang keinen gleichwertigen Kontrahenten finden konnte. Benelux hat zwar genauso wie die skandinavischen Ländern im Innern die Kontrolle der Grünen Karte abgeschafft, sich aber bisher nicht dazu verstehen können, mit dem deutschen HUK-Verband ein Gegenseitigkeitsabkommen zu treffen, wie es u.a. mit der Schweiz, mit Österreich und seit dem 1. Juli 1971 auch mit Italien und seit längerer Zeit sogar mit Ungarn besteht.

Zur Verwirklichung der Entscheidung des Ministerrates muß also Frankreich und müssen die Benelux-Länder jetzt die gesetzgeberischen Voraussetzungen schaffen, die es denn erlauben, daß das amtliche Kennzeichen des Fahrzeugs auch im grenzüberschreitenden Verkehr als Nachweis für die Versicherung nach internationalen Versicherungsbedingungen gilt. Dieser Nachweis wird bisher nur durch die Grüne Versicherungskarte erbracht, soweit nicht durch zwischenstaatliche Abmachungen ausdrücklich auf deren Kontrolle verzichtet werden kann.

Eine Vorausleistung für den Eintritt in die EWG wäre es, wenn Dänemark und Norwegen und vielleicht sogar England, wo es aus verschiedenen Gründen am schwierigsten wird, sich gleichfalls dazu verstehen könnten, noch in diesem Sommer die Voraussetzungen für den Wegfall der Kontrolle der Grünen Karte zu schaffen. Der nächste Schritt wäre dann das europäische Fahrzeugpapier, d.h. ein Kfz-Brief, der in allen europäischen Ländern als Eigentumsnachweis gilt und der gleichzeitig mit dem Inhalt der Grünen Versicherungskarte kombiniert werden könnte.

Europa braucht solche Zeichen. Der viel zitierte Mann auf der Straße wird dann spüren, daß dieses Europa zusammenwächst, langsam zwar und mit viel Hemmungen; aber doch unaufhaltsam.

(-/ex/10.2.1972.ks)

Die aktuelle SPD-Pressedienst Dokumentation

Ein schwarzes Kreuz auf roter Fahne (I)

25 Jahre "Ahlener Programm" der CDU:

Ein Ziel - und was daraus geworden ist

Vor genau 25 Jahren setzte sich die CDU der damaligen britischen Zone in ihrem "Ahlener Programm" entschieden für eine Demokratisierung der Wirtschaft ein. Vor welchem historischen Hintergrund das "Ahlener Programm" zustande kam und warum die CDU sehr bald von ihrem eigenen Programm nichts mehr wissen wollte, das schildert Johannes Heischen in einer zweiteiligen Dokumentation, in der "Welt der Arbeit".

Das schwarze Kreuz auf roter Fahne, das Symbol des Christentums auf dem roten Banner des Sozialismus, wurde nicht gewebt, aber es wurde plakatiert vor fünfundzwanzig Jahren, auf der Tagung des Zonenausschusses der CDU, der Christlich-Demokratischen Union, die vom 1. bis 3. Februar 1947 in Ahlen/Westfalen stattfand.

In diesem sogenannten, längst vergessenen "Ahlener Programm" heißt es unter anderem: "Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen.

Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.

...Daher ist notwendig: Stärkung der wirtschaftlichen Stellung und Freiheit des einzelnen; Verhinderung der Zusammenballung wirtschaftlicher Kräfte in der Hand von Einzelpersonen, von Gesellschaften, privaten oder öffentlichen Organisationen, durch die die wirtschaftliche oder politische Freiheit gefährdet werden könnte.

...Die neue Struktur der deutschen Wirtschaft muß davon ausgehen, daß die Zeit der unumschränkten Herrschaft des privaten Kapitalismus vorbei ist.

Monopolartigen Charakter haben die Kohlenbergwerke schlechthin wegen des von ihnen geförderten, für das gesamte Volk lebenswichtigen Unproduktes..., sie sind somit zu vergesellschaften. Wenn in besonderen Fällen die Form des Staatsbetriebes zweckmäßiger erscheint, so sollen die vorstehenden Grundsätze dieser Form nicht entgegenstehen. Auch bei der eisenschaffenden Großindustrie ist der Weg der Vergesellschaftung zu beschreiten.

Arbeitnehmer sollen mitbestimmen

In den Betrieben, in denen wegen ihrer Größe das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Unternehmer nicht mehr auf einer persönlichen Grundlage beruht, ist ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer an den grundlegenden Fragen der wirtschaftlichen Planung

und sozialen Gestaltung sicherzustellen...

Bei Großbetrieben mit mehrköpfigem Vorstand sollte Betriebsangehörigen, die in langjähriger Betriebszugehörigkeit sich um den Betrieb verdient gemacht haben, Mitwirkung in der Leitung des Unternehmens durch Berufung in den Vorstand gewährt werden...

Planung und Lenkung wird auch in normalen Zeiten der Wirtschaft in gewissem Umfange notwendig sein, was sich aus unserer Auffassung ergibt, daß die Wirtschaft der Bedarfsdeckung des Volkes zu dienen hat. Diese Planungs- und Lenkungsarbeiten sollen von Selbstverwaltungskörperschaften der Wirtschaft in Wirtschaftskammern wahrgenommen werden. Ob diese Wirtschaftskammern identisch sein werden mit den Industrie- und Handelskammern, ist eine Frage von sekundärer Bedeutung. Notwendig ist auf jeden Fall, daß die breiten Massen der Arbeitnehmer und Konsumenten an dieser Planung und Lenkung innerhalb der wirtschaftlichen Selbstverwaltung neben den Unternehmern gleichberechtigt teilnehmen..."

Das alles also sind Grundsätze des "Ahlemer Programms", das sich die CDU der britischen Zone, schon damals unter dem Parteivorsitz von Konrad Adenauer, vor fünfundsiebzig Jahren gab. Aber vor fünfundsiebzig Jahren stand der konservative Teil der CDU - und Konrad Adenauer gehörte nun einmal aus seiner ganzen Vergangenheit und seiner inneren Haltung zu diesen Konservativen - unter einer linken Zange, deren beide Backen gebildet waren aus der Sozialdemokratie und den Linkskatholiken.

In Anlehnung an das Wort, das Rudolf Breitscheid, einer der führenden Männer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Ende 1932, kurz vor der sogenannten "Machtübernahme" der NSDAP, prägte: "Nach Hitler - wir!", verlangte Kurt Schumacher als Vorsitzender der 1945 neugegründeten SPD: "Die Sozialdemokratische Partei ist die einzige Partei in Deutschland gewesen, die an der großen Idee der Demokratie und des Friedens ohne Konzessionen festgehalten hat... Wenn die Sozialdemokratie jetzt den Anspruch auf die Führung beim Neubau des deutschen Staatswesens erhebt, dann tut sie das nicht aus einem selbstsüchtigen Parteimotiv. Sie denkt nicht daran, auch nur den Versuch zu machen, andere unbelastete und aufbauwillige Kräfte in Deutschland von dem Recht auf Mitgestaltung auszuschließen. Sie will aber eine klare Entscheidung darüber, ob wir in Deutschland einen Neubau oder einen Wiederaufbau vornehmen wollen. In den bürgerlichen Strömungen machen sich zuviel Kräfte des Wiederaufbaus geltend."

Im "Aufruf an das deutsche Volk" verlangten die Christlichen Demokraten um Jakob Kaiser - später Ministerpräsident von NRW - und Ernst Lemmer - später Bundesminister unter Adenauer - am 26. Juni 1945: "um für alle Zeiten die Staatsgewalt vor illegitimen Einflüssen wirtschaftlicher Machtzusammenballungen zu sichern", daß "die Bodenschätze in Staatsbesitz übergehen, ... Bergbau und andere monopolartige Schlüsselunternehmungen... klar der Staatsgewalt unterworfen werden" und daß "unter weitgehender Heranziehung des Großgrundbesitzes einer möglichst großen Zahl von Deutschen der Zugang zu eigener Scholle" ermöglicht werde.

Die "Liberaldemokratische Partei Deutschlands" verlangte in ihrem Juli-Aufruf 1945 die "Unterstellung von Unternehmungen unter die öffentliche Kontrolle, wenn die betreffenden Betriebe hierfür

geeignet und reif sind..."

Aber alles kam anders

So befanden sich die deutschen Auffassungen in Übereinstimmung mit der Auffassung der Alliierten. So unterrichtete am 17. Januar 1947 die North Germany Iron and Steel Control über ihre Maßnahmen:

"Die North Germany Iron and Steel Control hat entsprechend der von den alliierten Regierungen festgelegten Politik einen Plan ausgearbeitet, der die unerwünschte wirtschaftliche Machtkonzentration in Deutschland beseitigt. Die großen Eisen- und Stahlwerke der britischen Zone werden aus den Konzernen gelöst, die diese Werke bisher in Besitz hatten und verwalteten. Auf Grund des aufgestellten Planes werden die Industriewerke eine kaufmännische und eine technische Leitung erhalten, die von erfahrenen Kräften besetzt ist und in der die Arbeitnehmerschaft unmittelbar vertreten sein wird.

Die durchgeführten Maßnahmen werden in keiner Weise die Schritte vorwegnehmen oder behindern, die jetzt unternommen werden, um in Übereinstimmung mit der von der britischen Regierung verfolgten Politik unter anderen Industrien auch die Eisen- und Stahlindustrie in Gemeinbesitz zu überführen."

Über die damalige Zeit, über die damaligen Möglichkeiten, Hoffnungen, Erwartungen können wir im "Geschäftsbericht des Bundesvorstandes des DGB 1950/51" unter dem Stichwort "Sozialisierung der Grundstoffindustrien" nachlesen: "Der Gründungskongreß des DGB in München (1949) forderte... einstimmig die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum. Bei dieser Forderung stützten sich die Gewerkschaften auf die Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes."

Weiter heißt es: "Nach ihrer (der Gewerkschaften) Ansicht sind die gewerbliche Urproduktion (Kohle-, Erz- und Ölgewinnung), die Basisindustrien (Eisen- und Stahlerzeugung, Industrie chemischer Grundstoffe), die Energiewirtschaft, die Versorgungsbetriebe, die wichtigsten Verkehrseinrichtungen und die Kreditinstitute vergesellschaftungsreif."

In ihren Grundsätzen sehen die Gewerkschaften Verstaatlichungsmaßnahmen nur in Ausnahmefällen vor. Vielmehr sind allgemein besondere Körperschaften der wirtschaftlichen Selbstverwaltung zu bilden. Die Vergesellschaftung wird gefordert, um die Produktion der Grundstoffindustrien zu lenken, ihre Kapazitäten dem Bedarf anzupassen und entsprechend auszunutzen und die Verteilung der Grundstoffe auf die volkswirtschaftlich zweckmäßigste Weise vorzunehmen. Die von den Gewerkschaften geforderte paritätische Kontrolle dieser Unternehmungen soll den politischen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen verhindern."

Aber, so klagt der DGB: "Auf diesem Gebiete konnte in den Jahren 1950/51 keine entscheidende Arbeit geleistet werden. Das ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die für die Vergesellschaftung besonders prädestinierten Grundstoffindustrien im wesentlichen noch alliierter Kontrolle unterliegen. Erst dann, wenn die Gesetze Nr. 27 und 35 und der in ihnen vorgesehene Aktientausch nach den alliierten Grundsätzen durchgeführt sind, wird es möglich sein, die Entscheidung der deutschen Gesetzgebung über die endgültige Eigentumsregelung in den Grundstoffindustrien herbeizuführen."

So glaubten damals die deutschen Gewerkschaften, hoffen zu können. Aber es kam anders. In den bürgerlichen Strömungen der Nachkriegszeit machten sich zu viele Kräfte der Reaktion geltend. Die Vorherrschaft des Kapitals etablierte sich aufs neue.

(Fortsetzung und Schluß folgt am 11.2.1972)